

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk. Anzeigenpreis die Spalte. Calamitetspreis für Arbeiterzeitschriften 75 Pfg. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 Mk.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 17.

Duisburg, den 28. April 1917.

18. Jahrgang.

Eine scharf zu verurteilende Streikbewegung in Berlin.

Während im Westen die größte Schlacht dieses Krieges und damit die größte Schlacht der Weltgeschichte tobt, — wie unser Generalstab hervorhebt — leistet sich ein Teil der Berliner Arbeiter, vorwiegend Metallarbeiter, einen Demonstrationsstreik, an dem angeblich mehr als 220 000 Personen beteiligt gewesen sein sollen. Ein solches Vorgehen in einem Moment, wo Engländer und Franzosen nebst ihren Hilfsvölkern der ganzen Welt über unsere tapferen Truppen herfallen und sie mit einem ins Ungeheuer gesteigerten Eisenhagel überschnitten, um die Front zu durchbrechen, kann nicht scharf genug verurteilt werden. Die Bewegung war nicht aus spontaner Erregung hervorgegangen, etwa wegen Verlangen der Lebensmittelförderung etc., sondern, wie die sozialdemokratische Presse selbst hervorhebt, mußte man schon seit längerer Zeit, daß für den 16. April die Demonstration geplant war. Die Verkürzung der Brotration, die aus zwingenden Gründen erfolgen mußte — wenn wir in den letzten Monaten vor der Ernte nicht ohne Brot stehen sollten, war unseres Erachtens nur ein gesuchter Vorwand.

Bernünftige Männer sollten sich doch sagen, daß, was nicht vorhanden ist, nicht verteilt werden kann. Mit noch so vielen Demonstrationen kann kein Stück Brot mehr geschaffen werden.

Außerdem war es gerade die Berliner Bevölkerung, die seither weniger Ursache hatte zur Beschwerde, wie vielsach andernwärts.

So erhielt die Berliner Bevölkerung seither pro Kopf und Woche 1900 Gramm Brot, während im rheinisch-westfälischen Industriebezirk nur 1750 Gramm zur Verteilung gelangten, was mit der großen Zahl Schwerarbeiter in diesem Bezirk zusammenhängt, wogegen die Zusatzbrotmenge in Berlin geringer ist, was schließlich auf eins herauskommt.

Mit diesem Vorgehen liefert die Berliner Arbeiterschaft nur Wasser auf die Mühlen unserer Feinde und trägt zur Verlängerung des Krieges bei.

Die Feinde haben doch die dargebotene Friedenshand unseres Kaisers mit Hohn und Spott zurückgewiesen. Der Friede soll nach der ausgesprochenen Absicht unserer Feinde auf den Trümmern Deutschlands geschlossen werden. Wollen die Arbeiter etwa dazu beitragen? Wir können das nicht annehmen, weil sie ja damit ihre eigenen Totengräber sein würden. Es scheint, als wenn die radikalen Elemente mehr die Führung haben, als es im vaterländischen Interesse gelegen und wünschenswert ist.

Bei der verhältnismäßig guten Organisation der Berliner Metallarbeiter ist es unverständlich, daß die Bewegung nicht verhindert oder mindestens auf kleinere Kreise beschränkt blieb, nachdem doch nach dem „Vorwärts“ es „schon seit längerer Zeit bekannt war, daß für den 16. April eine umfassende Streikbewegung in Großberlin geplant war!“

Ueber den Verlauf berichtet der „Vorwärts“ weiter, daß am Montag, den 16. und Dienstag, den 17. April in rund 300 Betrieben der Rüstungsindustrie die Arbeit geruht habe. Bei der Kontrolle des Metallarbeiterverbandes meldeten sich 210 000; damit sei aber die Zahl der Anwesenden nicht erschöpft gewesen. Am Mittwoch sei die Arbeit wieder aufgenommen worden bis auf die Arbeiter einiger Werke, die mit dem Ergebnis der Verhandlungen angeblich noch nicht zufrieden waren.

Erfreulicherweise findet das Vorgehen der Berliner Arbeiter auch zum Teil in der sozialdemokratischen Presse recht scharfe Verurteilung. So schreibt die „Niederrheinische Volksstimme“:

„Zu einem Massenstreik von längerer Dauer mit tiefen ökonomischen und politischen Folgen könnte der Augenblick nicht schärfer gewählt werden. Während im Westen eine Riesenschlacht entbrannt ist, die alles bisher Erlebte in Schatten stellt, während auf unsere Brüder draußen Orkane von Eisen niederprasseln, darf man im Hinterland nicht die Herstellung der Waffen vernachlässigen, die den Bedrohungen zur Abwehr dienen. Deutschland ist nun einmal in einer weniger angenehmen Lage als im Augenblick Rußland. In ihrer Antwort auf die Erklärung der provisorischen Regierung hat die deutsche Regierung klipp und klar ausgesprochen, daß ein Angriff auf Rußland nicht beabsichtigt ist. Wenn man die Ge-

wisheit hat, daß an der Front in der nächsten Zeit nichts besonderes passieren wird, kann man auch die ermüdende Arbeit des Granatendrehens ein paar Tage einstellen. Wenn aber das Heer dem furchtbarsten Angriff ausgesetzt ist, wie feinerzeit das deutsche Heer im Westen, dann müssen die Frauen an den Drehbänken die Hände rühren, damit ihre Männer draußen in den Schützengräben nicht hilflos zugrunde gehen.

Und noch aus einem zweiten Grunde ließe sich nichts Verhängnisvolleres und Törichtereres denken, als eine große allgemeine Streikbewegung just in diesem Augenblick. Jeder politisch unterrichtete weiß, daß im Lager der bisherigen Gegner Deutschlands ein Streit darüber entstanden ist, ob der Krieg weiter geführt werden soll oder nicht. Die Einen sagen wie wir, es sei höchste Zeit, ihn zu beenden. Die andern versichern, wenn man den Krieg nur noch ein paar Monate fortsetze, dann sei die völlige Niederlage Deutschlands gewiß, denn in diesen Monaten würde die revolutionäre Bewegung von Rußland auf Deutschland übergreifen, sie werde die Verteidigungskraft Deutschlands zerbrechen und seine völlige Niederlage herbeiführen.

Käme es in Deutschland zu einer großen hartnäckigen Streikbewegung, dann hätte die Partei der Kriegsverlängerer im Ausland gewonnenes Spiel.“

Das sind sehr vernünftige Darlegungen, mit denen wir uns voll und ganz einverstanden erklären können.

Die Verbandsleitung richtet hiermit an die Mitglieder wiederholt die dringende Aufforderung, unter allen Umständen sich ihrer Pflicht gegen das Vaterland sowie gegen unsere draußen für die Heimat kämpfenden Söhne und Brüder bewußt zu bleiben. Die Mitglieder haben die Pflicht, sich nicht nur von Arbeitseinstellungen fern zu halten, sondern auch, wenn von radikalen Elementen solche geplant werden, mit aller Energie dagegen Stellung zu nehmen. Arbeitseinstellungen sind unter allen Umständen zu vermeiden, auch, wenn die Ernährungsfragen schwieriger werden.

Die Einschränkung der Brotration läßt sich nun einmal nicht umgehen, wenn wir zum guten Ende nicht verhungern wollen. Kein Mensch ist in Deutschland, der dieses ändern kann, auch durch alle Arbeitseinstellungen kann daran nichts geändert werden. Wohl wird dadurch aber der Krieg verlängert und unsere kämpfenden Heere sowie das Vaterland wird durch solche Ratsche in große Gefahr gebracht. Das Blut der Millionen unserer Besten, die draußen gebliet haben, würde umsonst vergossen sein. Es mag stets vor Augen schweben: Kommt der Feind ins Land, dann werden die zu Hause Gebliebenen und auch die Arbeiter Not und Elend zu tragen haben, wogegen die jetzigen Entbehrungen nur Kinder spiel sind. Wer in jetziger Situation die Arbeit einstellt, frevelt gegen sich selbst, gegen unsere kämpfenden Heere und gegen das Vaterland.

Franz Wieser.

Hindenburg an die Arbeiter

Aus Anlaß der Berliner Vorkommnisse hat Generalfeldmarschall von Hindenburg folgendes Schreiben an den Leiter des Kriegsammtes, Erz. Gröner, gerichtet:

„In den letzten Tagen war mir Arbeitseinstellung in einer größeren Zahl der Berliner Fabriken für Kriegsgerät gemeldet worden. Aus der Mitteilung Ein. Exzellenz ersehe ich zwar, daß mit wenigen Ausnahmen die Arbeit wieder aufgenommen ist. Die Tatsache jedoch, daß eine Arbeitseinstellung in der Rüstungsindustrie in großem Umfange aus Gründen der Ernährungsfrage überhaupt möglich war, zwingt mich zu folgenden Ausführungen: Die gesamte Bevölkerung wird von der notwendigsten Versorgung der Rüstungsindustrie die

die nunmehr einsetzende regelmäßige Vesteuerung mit Kartoffeln als Ersatz für die verringerte Brotmenge gelten können. Auch halte ich es für sicher, daß alle an der Aufbringung und Verteilung dieser Lebensmittel beteiligten Bevölkerungskreise und Behörden sich des Ernstes der Lage bewußt sind und es auf diese Weise gelingen wird, die gegebenen Zusagen zu erfüllen. Umsonstiger kann meines Erachtens die heimische Ernährungslage ein Grund zur Arbeitseinstellung sein. Ich halte es für meine Pflicht, Ein. Exzellenz darauf hinzuweisen, daß bei den gegenwärtig auf der Westfront auszuführenden Schlachten eine ungehinderte Erzeugung von Kriegsmaterial aller Art eine allem anderen voranstehende Aufgabe ist und daß jede noch so anbedeutend erscheinende Arbeitseinstellung eine unverantwortliche Schwächung unserer Verteidigungskraft bedeutet und dies mehr als eine unfähbare Schuld an Heer und besonders an den Männern im Schützengraben, die dafür bluten müßten, darstellt. Ich bitte Ein. Exzellenz darum, mit allen Mitteln dafür Sorge zu tragen, daß die Erzeugung von Waffen und Munition in nachdrücklichster Weise erfüllt und daß ganz besonders von allen in Frage kommenden Stellen die notwendige Auffklärung der Rüstungsarbeiter betrieben wird, die mir die erste Bedingung zur Erreichung unserer großen Zwecke zu sein scheint.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg.“

Generalleutnant Gröner hat an die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, den Verband der deutschen Gewerbevereine, die polnische Berufsvereinigung, die Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die Arbeitsgemeinschaft der technischen Verbände, die Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht folgendes Schreiben gerichtet:

„Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat mir das in Abschrift beigefügte Schreiben überandt, das ich gleichzeitig der Tagespresse zur Veröffentlichung zugehen lasse. Ich bedarf keines besonderen Hinweises, daß es in erster Linie Aufgabe der berufenen Vertreter der Arbeiter sein wird, die von dem Generalfeldmarschall in Anregung gebrachte Auffklärung in umfassender Weise zu organisieren und nachhaltig zu fördern. Eine wichtige Grundlage für den Erfolg des wirtschaftlichen Durchhaltens in der Heimat ist das enge Zusammenarbeiten der Arbeiterorganisationen mit dem Kriegsamt, wie dies auch bei der Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes in besonderer Weise zum Ausdruck gebracht worden ist. Die Worte des Generalfeldmarschalls werden gewiß dazu beitragen, daß die deutsche Arbeiterschaft sich dessen bewußt bleibt, daß die im Hilfsdienstgesetz jetzt für den Krieg vorgesehene Regelung des Arbeitsverhältnisses für die Arbeiter nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gebracht hat. Darum werde ich auch nicht, daß dieser Appell an das Verantwortungsgefühl und das Pflichtbewußtsein in der Arbeiterschaft Wiederhall finden wird.

Generalleutnant Gröner.“

Wir hoffen und erwarten, daß die ersten Hinweise des Obersten Heeresleiters sowohl von den Arbeitern, wie von allen, die es angeht, beherzigt werden und daß alle danach handeln.

Erz. Gröner weist auch bei dieser Gelegenheit die berufenen Führer der Arbeiter, also die Gewerkschaftsfunktionäre, darauf hin, daß sie die gewünschte Auffklärung im Sinne Hindenburgs bei den Arbeitern organisieren und fördern sollen. Dazu ist aber erforderlich, daß eine genügende Anzahl Gewerkschaftsbeamten vom Militärdienst befreit und den Organisationen zur Verfügung gestellt werden. Das ist bis heute nicht der Fall.

Was soll man dazu sagen, wenn ein von unserm Verband reklamierter Beamter, der nicht einmal felddienstfähig ist, telegraphisch einberufen und nun im Bremer Hafen als Kohlenhändler — sage und schreibe als Kohlenhändler — tätig sein muß. Wie soll denn auf die Arbeiter eingewirkt werden können, wenn die wenigen Beamten in solcher geradezu unverständlicher Weise den Organisationen entzogen werden. Da wäre auch einmal notwendig, daß seitens des Kriegsammtes oder der Heeresleitung den unteren Kommandostellen die nötigen Anweisungen gegeben würden.

F. W.

Wohlfahrts- und Sozialpolitik.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kriegerfamilien zu sichern, die Beschaffung des Lebensunterhalts ihnen zu erleichtern, war Regierung und Reichstag seit Ausbruch des Krieges ernstlich bestrbt. Viele Millionen sind seitdem für Wohlfahrtszwecke bereit gestellt und Einrichtungen geschaffen worden, die dem Wohle der Krieger, deren Angehörigen und den Minderbemittelten unseres Volkes dienen. An erster Stelle ist zu nennen die Familienhilfe auf Grund des Gesetzes vom 4. August 1914. Damals wurde der Unterstützungssatz für eine hilfsbedürftige Kriegerfrau von 6 auf 9 Mark monatlich und für die Wintermonate auf 12 Mark festgesetzt. Im Dezember 1915 wurden dann die Sätze auf 15 Mark, im Dezember 1916 auf 20 Mark monatlich erhöht. Die Unterstützung der sonstigen Berechtigten, Kinder, elternlose Enkel, Eltern usw. wurde auf monatlich 10 Mark gesetzt. Im Dezember 1916 sind insgesamt an Familienunterstützung 213,60 Millionen Mark als Mindestsätze, also ohne die staatlichen, gemeindlichen oder Arbeitgeberzuschüsse, zur Auszahlung gelangt.

Im Hinblick auf die Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände ist im Reichstag verlangt worden, daß die für die Wintermonate, bis Ende April 1917 erhöhten Sätze den Bedürftigen auch für die folgenden Monate bezahlt werden. Von einem Vertreter der Regierung wurde hierzu erklärt, daß darüber bereits Erwägungen schwanden und eine den Wünschen des Reichstags entsprechende Bundesratsverordnung zu erwarten steht.

Nach dem Familienunterstützungsgesetz fällt bei der Entlassung der Mannschaften die Unterstützung fort. Die zurückkehrenden Weerespflichtigen sind aber meist gezwungen, nach ihrer Entlassung außerordentliche Aufwendungen für Beschaffung von Kleidung, Handwerkszeug u. dergl. zu machen. Sie erhalten auch nicht immer sofort Arbeit; oder der Lohn wird wie z. B. in vielen Betrieben, erst nach längerer Arbeitszeit anbezahlt. Dadurch kommen bei der Rückkehr Weerespflichtiger deren Familien in wirtschaftliche Bedrängnis. Deshalb ist angeordnet, daß den Familien der aus dem Weeresdienste entlassenen Mannschaften eine Halbmonatsrate der Familienunterstützung als außerordentliche Unterstützung zu gewähren ist.

Für Wochenhilfe sind vom Reiche bis zum 1. Februar 1917 rund 68 Millionen Mark in Anspruch genommen worden. Die diesbezüglichen während des Krieges erhöhten Leistungen der Krankenkassen sind hier nicht berücksichtigt. Jede Weeserin erhält eine einmalige Beihilfe von 25 Mark, 8 Wochen lang täglich eine Mark, sowie Gebammen- und Stillgeld. Im Reichsstat ist beantragt, das Wochengeld auf 1,50 Mark täglich zu erhöhen; Prüfung ist zugelegt.

Für Maßnahmen zur Verhütung vorzeitiger Invalidität oder zur Sebung der gesundheitlichen Verhältnisse von Soldaten und der versicherungspflichtigen Bevölkerung sind von den Landesversicherungsanstalten im Jahre 1916 allein rund 18 Millionen Mark aufgewendet worden. Weitere 5 Millionen haben die Gemeinden als Darlehen für Zwecke der Wohlfahrtspflege erhalten.

Von immer größerer Bedeutung wird die im Jahre 1913 auf Antrag des Reichstags eingeführte Reichshilfe für soldatenreiche Familien. In der Rechnung für den Reichshaushalt 1917/18 sind gegenüber dem Vorjahre 2,5 Millionen Mark mehr, im ganzen 10 Millionen Mark eingestellt. Familien, aus denen mehrere Söhne durch Dienstleistung beim aktiven Heer oder der Marine mehr als 6 Jahre gedient haben oder dienen, erhalten für jedes darüber hinausgehende aktive Dienstjahr eines Sohnes 240 Mark Aufwandsentschädigung. Die Kriegsdienstzeit der Landsturmpflichtigen hier in Anrechnung zu bringen ist verschiedentlich verlangt, aber nicht durchgeführt worden. Das Kgl. Preuss. Oberlandesgericht Celle hat in seinem Urteil vom 28. Februar 1916 den Begriff „aktives Heer“ zergliedert und gelagt, daß darunter nach dem allgemeinen Sprachgebrauch das Friedensheer zu verstehen sei. Diejenigen, die getötet, diesem Heere zugerechnet waren und sind, können aktive Dienstjahre nicht als aktiv gedienter Soldat anrechnen. Dagegen wird die Kriegsdienstzeit, die vor Erreichung des militärpflichtigen Alters, also vor dem 20. Lebensjahr abgeleistet wird, während des Krieges als aktive Dienstzeit angesehen und bei dem Anspruch auf Aufwandsentschädigung voll in Anrechnung gebracht.

Zur Förderung des Kleinwohnungswezens sind im Reichshaushalt diesmal 10 Millionen Mark in Ansatz gebracht und genehmigt worden. Der Betrag ist gegen das Vorjahr verdoppelt, damit außer den Arbeitern und Beamten der Reichsbetriebe sowie der Militärverwaltung auch die Kriegsbeschädigten und Witwen von getöteten Kriegern bedacht werden können. Hier einschlägig ist die Kapitalabfindung an Kriegsveteranen, die das Reichsgesetz vom Juli 1916 ermöglicht. Auf Antrag werden die Anwartschaften, Kriegs- und Berufungszulage liquidiert und dadurch den Kriegsbeschädigten, auch Kriegswunden Geldmittel in die Hand gegeben zur Anziehung und Erwerb von Kleingeld oder deren Erhaltung. Es kommen in Betracht Kriegsbeteiligte, Unteroffiziere und Mannschaften oder deren Witwen. Die Kapitalabfindung erfolgt nur, wenn für eine nützliche Verwendung des Geldes eine gewisse Gewähr besteht. Es kommen namentlich bei jüngeren Kriegsveteranen teilweise ganz erhebliche Summen in Betracht. An einen 21jährigen Kriegsveteranen wird das 18½fache, bei einem 30jährigen das 16fache, bei einem 40jährigen das 13½fache der oben genannten Zulagen gewährt, so daß Summen von über 7000 bis 9000 Mark in solchen Fällen in Frage kommen können. Die Zahl der zu abfindenden Kriegsveteranen hat bis jetzt nach Mitteilungen des Generals von Langemann im Reichstag kaum Tausend überschritten. Die Generalkommandos, denen in der Hauptsache die Auszahlung des Geldes obliegt, gehen nun zögernd und mit großer Vorsicht an die ihnen neuen Sachen heran.

Von besonderer Wichtigkeit sind die mit Zustimmung des Reichstags ermöglichten Zulagen für Kriegsbeteiligte, die in ihrer Erwerbsfähigkeit um mindestens ein Drittel herabgesetzt sind und deren Einkommen um mindestens ein Viertel geringer ist als das vor

dem Kriege bezogene. Die Anwendung an solche Kriegsbeteiligte beträgt 30 Prozent des Schadens, jedoch nicht mehr als bis zu drei Viertel des früheren Arbeitseinkommens. Bei Einkommen von früher 5000 Mark bleibt über 3000 Mark hinausgehende Schäden, d. h. das Mindesteinkommen, das der Kriegsbeteiligte bei Wiederaufnahme seiner Arbeit mit Einrechnung seiner Rente besitzt, unberücksichtigt. Angenommen ein Kriegsbeteiligter mit 50prozentiger Erwerbsbeschränkung hatte vor dem Kriege ein Arbeitseinkommen von 3000 Mark, nunmehr nur 1200 Mark. Nach Anrechnung seiner Militärrente mit Kriegszulage von 480 Mark bleibt ein Schaden von 1320 Mark. Aus diesem, 30 Prozent gerechnet, ergibt sich ein Betrag von 396 Mark, der dem Kriegsbeteiligten als Zulage gegeben werden kann. Diesbezügliche Anträge sind beim zuständigen Bezirksfeldwebel anzubringen. Bei Beratung des Weeresrats im Hauptauschuss des Reichstags März 1917 ist von Abgeordneten verlangt worden, daß den Militärrentnern und Veteranen, die infolge der heutigen Teuerungsverhältnisse in eine schwierige Lage gekommen sind, eine Zulage gewährt werde. Zwischen ist amtlich bekannt gegeben, daß den Militärrentnern sowie deren Hinterbliebenen, falls ein dringendes Bedürfnis vorliegt, eine einmalige Kriegsunterstützung zum Höchstbetrage von 100 Mark gewährt werde. Gewisse darum sind unter Angabe von Alter, Stand und Beschäftigung eines amtlich bestellten Einkommensnachweises bei den Magistraten, Bezirksämtern einzureichen, da diese Teuerungsanlagen aus Mitteln der allgemeinen Wohlfahrtspflege gegeben werden.

In der Hauptauschussung vom 13. März 1917 hat General von Langemann, dem das Renten- und Wohlfahrtswesen im preussischen Kriegsministerium unterstellt ist, erklärt, daß abgewiesene Anträge auf Bewilligung von Elterngeld, die weit zurück liegen, im Hinblick auf die Teuerung wohlwollend nachgeprüft werden sollen.

Das Versorgungswesen ist so umfassend, daß die Anspruchsberechtigten durch die Preise allein nicht völlig darüber ausfindig werden können; sie finden aber in der unabhängigen Rat bei den Sekretären der örtlichen Gewerkschaften und der Arbeitervereine.

Kriegslöhne und Kriegsgewinne der Siegerländer Metallindustrie.

(Vergleiche die Nummern 49 und 50 unseres Verbandsorgans vom verfloffenen Jahre.)

Den in den früheren Abhandlungen dargelegten Kriegslöhnen und Verdiensterhöhungen kann nunmehr auch ein Spiegelbild der Kriegsgewinne der Werke unseres Bezirkes gegenüber gestellt werden. Daß diese besonders gut ausgefallen sind, ergibt sich schon aus dem Umstand, daß fast unsere gesamte Industrie eine besonders wichtige Rolle in der Arbeit für die Kriegsrüstung darstellt. Unsere Werke waren ohne weiteres der Kriegsindustrie angepaßt und konnten zum guten Teil ihren Erz- und Eisenbedarf der eignen Erzeugung entnehmen. Diese Vorzugsstellung hat denn auch unsere Industrie gründlich wahr genommen, um die Preise für ihre Erzeugnisse fortwährend zu erhöhen. An diesen Preissteigerungen waren alle Industriezweige und fast alle in gleicher Weise beteiligt. Unseres Wissens wurde für Erzeugnisse des Siegerlandes durch das Kriegsministerium an erster Stelle „Höchstpreise“ festgesetzt. Aber auch unter dieser Maßnahme haben die Werke äußerst gut, denn mit Recht schrieb eine führende Handelszeitung dazu: „Man kann wahrhaftig nicht behaupten, daß diese Höchstpreise im Vergleich zu den bisher gezahlten Preisen etwa Herabdrücken erkennen ließen, vielmehr ergibt sich vielfach noch gewisse Erhöhung.“ Neben diesen vorerwähnten Erhöhungen der „Grundpreise“ kommen dann noch für die Werke die sonstigen namhaften Aufpreise hinzu, wie sie bei Lebensmitteln der „Hamsterer“ bezahlet muß. Desgleichen ist auch zu berücksichtigen, daß es für viele Betriebe kaum noch Ausschüttung gibt, sondern es wird alles abgezehrt, wodurch sich weitere Gewinne ergeben.

Die einzige Beurteilungsmöglichkeit der Industriegewinne bieten die veröffentlichten Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften.

An die Veröffentlichung dieser Berichte scheinen einzelne Werke aus leicht erklärlichen Gründen nur mit einer „lieben Ko“ gegangen zu sein. Von der Maschinenbau A.G. vorm. Klein zu Dahlbruch ist weder im letzten Jahre noch im Jahre vorher in der sonst hier üblichen Weise ein Geschäftsbericht veröffentlicht worden. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dort mit die denkbar traurigsten. Eine Gegenüberstellung derselben mit dem Geschäftsbericht des Wertes wäre darum erst recht am Platze gewesen. Von dem letzten Geschäftsbericht der Siegener Eisenindustrie A.G. vorm. Heise u. Schulte zu Weidenau haben wir ebenfalls nichts erfahren können. Andere kleinere Aktiengesellschaften unseres Gebietes veröffentlichten nur einen Bruchteil des Geschäftsberichtes in der Handelspresse, so daß dadurch einige Säden in der nachstehenden Aufstellung entfielen.

Eine zuverlässige Uebersicht über die wirklichen Industriegewinne bieten auch nicht alle Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Das hier vielfach nicht alles unter „Abgrenzungen“, „Zurechnungen“, „Erweiterungen“, gebührt, oder sonst „seitwärts in die Höhe geschlagen“ wird, das wird bei-eibe nicht überall als Gewinn angesehen. Des ferneren liegt in den Abzügen eine große Willkürigkeit vor. Die eine Firma schlägt ihren Geschäftsabzügen auf diesen „Reifen“ und die andere auf jenen. Eine Einzelheit liegt sogar bei vielen Firmen noch nicht einmal in den von

Jahr zu Jahr sich wiederholenden Geschäftsabzügen vor. Wie es solchen Gesellschaften beim jeweiligen Abschluß gerade in den Kram paßt, so wird manchmal diese oder jene Durchführungart benützt, um entweder die Aktionäre zu befriedigen, oder auch um die Öffentlichkeit und die entgegenstehenden Interessenten „einzufassen“. Nichtsdestoweniger zeigt aber die nachstehende Zusammenstellung, daß sowohl die größeren als auch die kleineren Betriebsarten unsere Bezirke äußerst gute Kriegsgewinne erzielt haben. Desgleichen zeigt die Gegenüberstellung, daß diese Kriegsgewinne mit den schon früher dargelegten Kriegslöhnen und den fast allgemein von der Arbeiterbewegung den Werken buchstäblich abgequetschten Verdiensterhöhungen an die Arbeiter gar nicht in Einklang zu bringen sind. Die Geschäftsberichte lassen wir in der Reihe ihrer Veröffentlichung folgen und reden diese im einzelnen als auch in der Gesamtheit für sich:

	Gewinne in Mark			Dividende in Proz.		
	1913/14	1914/15	1915/16	1913/14	1914/15	1915/16
Sieg. A.-G. f. Eisenkonstruktion, Brückenbau u. Verzinkerei in Geisweid	462 263	591 498	631 560	15	12	18
Buderus'sche Eisenwerke A.-G. in Wehlar	4 617 801	2 138 374	4 270 934	7	0	5
Rhein-Westfäl. Kupferwerke A.-G. zu Olpe	296 115	464 163	673 641	10	10	15
Ver. Stahlwerke von der Hütte u. Wessener Eisenhütten A.-G. in Witten	3 710 294	5 225 017	17 000 000	8	12	25
Sieger-Lothring. Werke zu Siegen	429 159	251 826	337 240	0	0	5
Bergbau u. Hütten-A.-G. „Friedrichshütte“ Herdorf u. Wehlar	2 122 721	2 031 774	4 869 158	5	8	20
A.-G. Meggener Walzwerk in Meggen	373 618	216 671	685 478	5	5	15
Geismelder Eisenwerke A.-G. zu Geisweid	1 132 628	1 033 703	3 332 564	6	6	18-20
A.-G. Charlottenhütte in Nieberstedden	2 039 184	1 206 600	3 253 771	10	8	16
Stahner Walzwerk u. Verzinkerei A.-G. zu Siegen b. Altendorn	661 490	875 207	1 927 876	8	10	20
Sieger. Eisenbahndarfst.-A.-G. in Siegen	527 725	784 091	981 644	5	15	15
Walzengießerei, vorm. Köpff u. C. A.-G. Siegen	299 844	306 742	408 822	0	5	10
Fremerhütte A.-G. in Weidenau b. Geisweid	480 697	995 393	2 206 350	0	5	10
Eisenschmelzwerk A.-G. in Siegen	103 766	153 230	285 523	6	12	25
Hammer Hütte A.-G. Siegen	94 254	105 579	193 361	0	5	10
Sieghütter Eisenwerk A.-G. vorm. Johann Schleifenbaum zu Weidenau	67 846	133 428	478 600	0	0	—
Salger Hütte A.-G. Salger (Sillars) A.-G. Christinenhütte zu Meggen	102 855	150 838	200 862	4	6	6
—	—	27 900	153 068	0	4	10
Maschinenbau-A.-G. vorm. Klein, Dahlbruch	805 505	—	—	—	—	—
Niederfeldhütte in Niederfelden	161 147	163 050	—	4	7	—
Siegerer Maschinenbau A.-G. vorm. A. u. H. Dethlöhner zu Siegen	160 763	305 026	301 093	4	6	6
Peipers u. Co., Siegen	727 071	493 310	645 438	6	5	10
A.-G. Siegener Dynamitfabrik Köln-Förde	—	105 943	150 226	—	15	28
Gesamt:	19 281 848	17 859 463	42 817 251	107	156	289

Für die ersten drei Firmen gilt das volle Jahr als Geschäftsjahr und ist jeweilig das zuerst benannte Jahr in Angabe gestellt. Die schon vorliegenden Geschäftsberichte für das volle Jahr 1916 ergeben noch weitere Gewinnsteigerungen, wie nachstehende Berichte zeigen:

	Gewinne in M.	Dividende in %
Siegerer A.-G. für Eisenkonstruktion, Brückenbau und Verzinkerei, Geisweid	729 505	23,0
Buderus'sche Eisenwerke A.-G. in Wehlar	5 638 100	7,5
Rhein-Westfäl. Kupferwerke A.-G. in Olpe	887 510	17,0

Mit großer Ueberstimmung wird auch in Vierteljahrs- oder Halbjahrsberichten sonstiger Aktiengesellschaften mitgeteilt, daß bei starker Beschäftigung, bei guten Aufträgen und bei guten Preisen weitere recht befriedigende Ausschüttungen vorlägen, so daß mit einer allgemeinen noch größeren Gewinnsteigerung der Werke im laufenden Jahre zu rechnen ist. Die besonders in diesem Jahre da und dort einsetzenden Retriktionen werden die Aussichten für diese weiteren Kriegsgewinne kaum wesentlich trüben, vbleicht da und dort eher noch eine nützbringende Zeit des „Auschnauzens“ zu weiteren Gewinnleistungen sein. Ueber die Kriegsgewinne der Unternehmungen mit persönlichem Besitz, oder über solche, die einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung gehören, ist leider nur schwer Genaueres zu erfahren. Manchmal wird jedoch „aus der Schule geplaudert“. So berichtet z. B. die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ am 1. Oktober 1916, daß die kleine Birlenbacher Hütte G. m. b. H. (Kreis Siegen)

Im letzten Jahr eine Dividende von 25 Prozent ausgeschüttet wurde. Von einer gleichen Gesellschaft aus dem Siegerland, die als Maschinenfabrik und vornehmlich im Granatendrehen ein wichtiges und profitables Tun entwickelte, wählte uns ein bekannter günstiger Wind zu, daß diese Firma für je 1000 Mark Anteile allein 500 Mark, als Gewinnanteil, fürs Jahr also 50 Prozent, verteilt habe. Wenn wir auch solche Gewinne nicht verallgemeinern wollen, so geben sie doch ein überaus bezeichnendes Bild von der Größe der Kriegsgewinne in der heimischen Metall- und chemischen Industrie.

Diese Ungleichheit zwischen den Kriegsgewinnen der Arbeiterschaft und den Kriegsgewinnen der Werke sind jedoch nur möglich, weil sich unsere Metallarbeiterschaft bislang allzuwenig und nicht im wirkungsvollsten Maße um die Verbesserung der Löhne gekümmert hat. Der Einzelne macht wohl da und dort Anstrengungen dazu, die aber nicht zum Ziele führen konnten, weil erfahrungsgemäß nur durch die größtmögliche Gesamtheit der Arbeiterschaft und nur durch deren Zugehörigkeit zur Organisation höhere Löhne zu erzielen sind. Die Arbeiterschaft trägt darum einzig und allein selbst die Schuld, wenn sie mit ihren Löhnen gegenüber dem gesteigerten WerksgeWINNEN zurückgeblieben ist. Diese Erkenntnis scheint sich nunmehr auch in unserm Bezirk immer mehr Bahn zu brechen. Fast 2000 Kollegen und Kolleginnen sind im letzten Halbjahr im Bereiche unserer Verwaltungsstelle unserm christlichen Metallarbeiterverband neu beigetreten! Der weitere Zustrom wächst noch andauernd. Dieses Neuzuwachs in unserer Metallarbeiterschaft berechtigt zu zuberstehenden gewerkschaftlichen Frühlingserwartungen im Siegerland. Diese werden sich jedoch nur dann verwirklichen, wenn in der weiteren Stärkung unseres Verbandes nicht auf halbem Wege stehen geblieben wird, sondern wenn andauernd und allseitig neben dieser Stärkung und inneren Festigung, eine lebhaftere Betätigung in unserm christlichen Metallarbeiterverband geübt und betrieben wird.

Die verdiente Antwort

Den französischen Ministersozialisten, die fortgesetzt die russischen Revolutionäre gegen Deutschland aufzuhäufeln suchen, erteilt, wie der „Vorwärts“ berichtet, die in Paris erscheinende, russisch-sozialdemokratische Tageszeitung „Natschalo“ eine gründliche Bektion. In ihrer „Antwort an die französischen Sozialisten“ heißt es:

Bürger! Ihr begrüßt die russische Revolution, Ihr begrüßt die Kämpfer, die die eisernen Ketten gesprengt haben, durch die der Organismus eines 180 Millionen-Volkes gefesselt war. Im 30. Kriegsmonat habt Ihr die Sprache wiedergefunden und werft mit Steinen nach der russischen Reaktion. Wir wollen Euch nicht verheimlichen, daß Eure Begrüßung uns böllig kalt läßt, denn in Euren leidenschaftlichen Phrasen spüren wir die fehlende Aufrichtigkeit und politische Ehrlichkeit. Jawohl, wir fühlen weder Aufrichtigkeit, noch politische Ehrlichkeit. Wie? Ihr, die Ihr während der 30 Kriegsmonate die gehorsamsten Verbündeten Nikolaus II. gewesen seid, Ihr, die Ihr Euren Vertreter nach dem Schlosse in Zarstoje Selo entsandt habt, wo er mit dem russischen Sultan und Kasputin einen Händedruck ausgetauscht hat, Ihr werft jetzt, wo die Reaktion gestürzt ist, mit Steinen nach dem gestrigen Götzen der dritten Republik. Wo waret Ihr, als das Mitglied des zentralen Komitees der französischen sozialistischen Partei, Gustave Herbe, in der „Guerre Sociale“ am 12. September 1914 ausrief: „Es lebe der Zar!“? Vergebens suchten wir damals im Zentralorgan der französischen sozialistischen Partei, dem Organ, das der Feind des russischen Parteiens, Jaures, gegründet hat — der als erstes Opfer des Krieges gefallen ist — vergebens suchten wir in der „Humanité“ ein Wort der Verurteilung, ein Wort der Verwahrung gegen den, der einen der ungeheuerlichsten Selbstherrschern auf den Schild erhoben hatte. Die „Humanité“ schweig. Die ständige Verwaltungskommission hatte die Sprache verloren, und die parlamentarische sozialistische Gruppe fand es nicht für notwendig, auf diese in den Annalen des internationalen Sozialismus schmähvollste Tat zu reagieren.“

Es folgt eine weitere, sehr gründliche Aufzählung aller weiteren Unbedenken, welche die französischen Ministersozialisten während des Krieges dem Varen erwiesen haben, Ihr Schweigen zu den Judenauströtungen, der Vertreibung an den Polen, die Verfolgung der russischen Emigranten in Paris. Dann fährt „Natschalo“ fort:

„Aber Ihr begrüßt uns nicht nur, Ihr erteilt uns auch Ratsschläge, und Ihr schreibt dem deutschen Proletariat die Richtlinien für seine Handlungen vor. Ihr empfiehlt uns, den Krieg fortzusetzen. Ihr empfiehlt der russischen Revolution, alle ihre Kräfte gegen den „gemeinsamen Feind“ zu richten und vergeht böllig, daß der gemeinsame Feind des Proletariats der internationale Kapitalismus ist, daß der gemeinsame Feind des Proletariats das imperialistische Ungeheuer ist, das die Säfte der Weltkassen ansaugt. Ihr wünscht, die russische Revolution sollte auf den Spigen der Sajakette die Freiheit in die Länder der Zentralmacht tragen und vergeht böllig das Vermächtnis des christlichen bürgerlichen Revolutionärs, auf den Ihr Euch ganz unbedeutend beruft, das Vermächtnis Maximilian Robespierres: „Die Völker haben keine bewußten Feinde.“ Ihr ruft die russische Revolution zur Fortsetzung des Krieges auf und vergeht die Erfahrungen der Geschichte, als die französische Revolution sich erschöpft hatte, und sie auf dem Kriegsschauplatz unter Zukunftsbedenken.

„Ihr fahret fort zu wiederholen, daß der Stolz der Reaktion Deutschland sei und vergeht böllig, in was sich das republikanische Frankreich und das demokratische England verwanbelt haben. Frankreich, das selbst der englische konservative Schriftsteller Fullerton noch vor dem Kriege als eine Finanzmonarchie bezeichnet hat, Frankreich, das sich dem Willen seiner Finanzplutokratie beugt, Frankreich, das in diesem Kriege auch die Reste seiner Freiheit verliert, hat kein Recht zur Selbstüberhebung.“

Und England mit seinem Lloyd George? Ist der Unterschied zwischen der sozialen Reaktion in London, Paris und Berlin wirklich so groß?“

Ungeachtet dieser mutigen Sprache verwundert die Nachricht nicht, daß „Natschalo“ — am Tage des allrussischen Nationalfestes — für einen Monat verboten worden ist. Im Lande der Freiheit... bemerkt dazu der „Vorwärts“: „Auch in Deutschland gibt es wohl noch manche sogenannten redliche Sozialisten, die aus der Antwort des russischen Sozialistenblattes vieles lernen könnten. Frankreich und England sind nicht der Hort der Freiheit und kein Eldorado der Arbeiter, wie es so oft den Arbeitern vorgegaukelt wurde.“

Ein Arbeiter an seinen Sohn.

von Christoph Wieprecht.

So, mein Sohn, nun rüste dich;
Wappne dich mit Lebensmut!
Deine Kinderzeit verblüht,
In dir braukt des Jünglings Mut.
Werd' ein sturmeifer Hiese,
Brauche deine Eisenfaust:
Träume nicht vom Paradiese,
Wenn das Leben dich umfaust.

Steh' — mit dem Flammenschwert
Steh' der Cherub fort und fort,
Der den Eingang uns verwehrt,
Vor dem lächerlichsten Ort.
Steu're frisch hinein ins Leben,
Aus der Arbeit verlt dein Glück;
Der nur wird sich Kränze wehen,
Dem die Zeit der Augenblick.

Vorbild sei, wie ich geschafft,
Unentwegt ein Leben lang,
Im Genieken meiner Kraft,
Zielbewußt den Hammer schwing.
Heute blühen reich die Rosen
Dustend tief in meiner Brust —
Aus der Stürme rauhem Tosen
Wuchs mir neue Lebenslust.

Sohn, du sollst in Liebe glück'n;
Sei ein Mensch voll Menschlichkeit,
Aber, wenn die Funken sprüh'n,
Halt den Hammer flugs bereit;
Dann darf nicht dein Mut zerreißen —
Rede dich als rechter Schmied,
Und du wirst das Eisen schweißen —
Mächtig dröhnt dein Arbeitsried.

Allgemeine Rundschau

Feiertagen und Arbeitslohn.

Es mehren sich die Fälle, in denen die Arbeitgeber einzelne Arbeitsstunden oder tageweise aussetzen lassen. Die Gründe dafür liegen teils im Mangel an Rohstoffen oder Heizmaterial, oft auch an Maschinenstörungen usw. Damit ist die von jeder wichtige Frage besonders aktuell geworden, ob der Arbeitgeber für die Feiertagen den vollen Lohn zahlen muß?

Rechtslehre und Gerichte sind sich darüber einig, daß nach geltendem Recht, abgesehen von einer abweichenden Vereinbarung der Arbeitsvertragsparteien, die besonders auch in der Arbeitsordnung enthalten sein kann, der volle Lohn an den Arbeiter gezahlt werden muß, sofern nicht Umstände vorliegen, die den Weitergang des Betriebes unmöglich machen. Unrentabilität, sowie bloße Schwierigkeiten der vollen Beschäftigung der Arbeiter rechtfertigen unter der genannten Voraussetzung einen Lohnabzug des Arbeitgebers keineswegs. Diese Auffassung wird in einem umfangreichen Artikel „Betriebsstörung und Arbeitslohn“ im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands (Nr. 6 vom 12. März 1917) eingehend begründet. Hier können nur die Richtlinien dieser Begründung angeführt werden. Der Artikelsschreiber führt insbesondere aus: Paragraph 323 B.-G.-B. hat nur Sachleistungen, nicht auch Dienstleistungen im Auge. Dies ergibt sich aus einer inneren Sinnhaftigkeit, sowie aus dem in ihm enthaltenen Hinweis auf die Paragraphen 471 und 472 B.-G.-B., wo vom Kauf, also vornehmlich von Sachleistungen, die Rede ist. Ferner hat Paragraph 323 nur die Unmöglichkeit der Leistung dem Leistungsgegenstande nach, nicht auch der Leistungszeit im Auge; denn er spricht in seinem zweiten Absätze von zeitweiser, nicht von zeitweiser Unmöglichkeit. Bei der Auslegung von Arbeit handelt es sich jedoch lediglich um zeitweilige Unmöglichkeit. Außerdem aber ergibt sich die Unmöglichkeit der Anwendung des Paragraphen 323 auf den hier in Rede stehenden Fall aus dem Geist, der sonst alle Bestimmungen des Arbeitsvertragsrechtes durchzieht. Die Paragraphen 323 und 124 der Gewerbeordnung, der Paragraph 616 B.-G.-B., sowie die Bestimmungen über Kündigung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten im B.-G.-B., im S.-G.-B. in der Seemanns-Ordnung und an anderen Stellen lassen unzweideutig erkennen, daß der Arbeitgeber den Arbeiter nicht dann seines Lohnes beraubt gehen lassen will, wenn ohne sein (des Arbeiters) Verschulden kürzere oder längere Zeit nicht gearbeitet wird, ohne Rücksicht darauf, ob die Gründe der Arbeitsaussetzung in einem Verschulden des Arbeitgebers oder in objektiven Umständen liegen. „Der Arbeiter,“ so sagt der Verfasser, „soll eben nicht sofort

auf der Straße liegen, wenn es ihm ohne sein Verschulden eine Zeit lang unmöglich wird, die Arbeitsleistung zu vollbringen. Unsere Gesetzgebung hat dadurch in geringem Umfange das Risiko der Möglichkeit der Arbeitsleistung dem Arbeitgeber aufgebürdet. Keineswegs mit Unrecht, läßt es ihm doch auch den vollen Genuß zukommen, wenn die mögliche und demnach bewirkte Arbeitsleistung hohe Beträge erzielt.“

Frauenarbeit — Arbeiterinnenschuß.

Die durch die Umwälzungen in der Kriegswirtschaft verursachte Zunahme der Frauenarbeit wird durch das Hilfsdienstgesetz eine weitere Steigerung erfahren. Der weibliche Volksteil ist dem Gesetz zwar nicht unterstellt, aber zur Verwirklichung des Hilfsdienstgedankens unentbehrlich. Ohne weitgehende Heranziehung der weiblichen Arbeitskräfte ist der Zweck des Gesetzes nicht zu erreichen. Dem ist auch von den verantwortlichen Stellen Rechnung getragen durch eine umfassende Organisation der Frauenarbeit in Verbindung mit den amtlichen Stellen des gesetzlichen Hilfsdienstes. Beim Kriegsamte in Berlin ist eine Frauenarbeitszentrale geschaffen, bei jeder Kriegsamtsstelle (in der Regel für den Bereich eines Armeekorpsbezirks) eine Frauenarbeitshauptstelle unter der Leitung sachkundiger Referentinnen. Nach Bedarf sollen ferner noch Frauenarbeits-Nebenstellen eingerichtet werden. In den vom Kriegsamte aufgestellten Richtlinien für die Tätigkeit dieser Organisation ist die Aufgabe in den Vordergrund gestellt, „mit dem Ziele höchster Produktionssteigerung alle die Maßnahmen in die Wege zu leiten, die die Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der weiblichen Arbeitskräfte“ zu fördern geeignet sind. Auch im amtlich organisierten Stellennachweis für den Hilfsdienst sind für die Heranziehung der weiblichen Hilfskräfte besondere Vorkehrungen getroffen. — Mit der weiteren Zunahme der Frauenarbeit mehren sich aber auch die Schattenseiten und Gefahren, die nun einmal damit verbunden sind. Es ist deshalb dringend geboten, den mit der Frauenarbeit verbundenen Gefahren wirksamer wie bisher vorzubeugen. Das will ein Erlass des Reichskanzlers an die höheren Verwaltungsbehörden, worin für die Fälle, in denen dringend notwendige Nacharbeit der Frauen gestattet wird, folgende Richtlinien aufgestellt werden:

1. Wird die Vermehrung der Nacharbeit für Frauen dringend notwendig, so ist auf den Schutz der Arbeiterinnen — Abwendung von Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit — besonders Bedacht zu nehmen.
2. Vierundzwanzigstündige Wechselschichten sind nicht zuzulassen.
3. Auf die Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen in Nachschichten ist allgemein hinzuwirken.

Die Genehmigung zur Nacharbeit für Arbeiterinnen soll in der Regel nur unter der Bedingung der Einführung des achtstündigen Schichtwechsels erteilt werden.

4. Die Regelung der Arbeitszeiten ist stets im Benehmen mit den örtlich zuständigen Behörden vorzunehmen. Im Anschluß an diese Richtlinien hat das Kriegsamte dem Reichskanzler dargelegt, daß die vermehrte Heranziehung der Frauen, besonders auch zur Nacharbeit, eine allgemeine Ausgestaltung der sozialpflegerischen Maßnahmen notwendig mache. Dazu sei u. a. erforderlich:

- a) eine Vermehrung der Gewerbeaufsicht unter Einstellung geeigneter weiblicher Hilfsassistentinnen (auf Probatarvertrag während des Krieges);
- b) durch die stellvertretenden Generalkommandos bezw. die bei ihnen eingerichteten Kriegsamtsstellen und unter deren ständiger Beratung und Aufsicht auf die Betriebe dahin einzuwirken, daß sie von sich aus Fabrikpfelegerinnen anstellen, denen die Aufgabe zufallen soll, den arbeitenden Frauen und Mädchen in allen Fragen der Unterkunft, Ernährung und der Verpflegung der Kinder beratend und helfend zur Seite zu stehen;
- c) die notwendigen Maßnahmen zu a und b einzuleiten und für eine sachgemäße Vorbildung geeigneter Personen in Gemeinschaft mit den Kriegsamtsstellen, sowie den Gewerbeinspektionen, Fürsorge-Organisationen und bestehenden Ausbildungsanstalten zu sorgen.

Es kommt nunmehr darauf an, daß diese Richtlinien auch in der Praxis befolgt werden. Dazu ist die Mitwirkung der Arbeiterinnen selbst erforderlich, eine Mitwirkung nicht als Einzelperson, sondern durch die Berufsorganisation. Wollen die Arbeiterinnen sich ein erträgliches Arbeitsverhältnis schaffen, insbesondere den notwendigen Schutz für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit sichern, dann müssen sie viel zahlreicher wie bisher vom Recht des Zusammenstimmens Gebrauch machen.

Arbeiterbewegung und Bodenfrage.

Die neuzeitliche Arbeiterbewegung kann sich, wenn sie die geforderten Ziele erreichen will, nicht ausschließlich auf die Beeinflussung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse beschränken; sie muß darüber hinaus in allen Fragen, die für die soziale und wirtschaftliche Lage der Arbeiter Bedeutung haben: die Interessen ihrer Mitglieder zur Geltung zu bringen suchen. Das zwingt die Träger und Führer der Arbeiterbewegung, den Zusammenhängen des Wirtschaftslebens nachzugehen und zu prüfen, wie die Einzelerscheinungen des Wirtschaftslebens auf die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung einwirken. Eine derartige sehr beachtenswerte Untersuchung hat H. Brauer in einem kürzlich erschienenen Buch veröffentlicht unter dem Titel: „Bodenfrage und Arbeiterinteressen.“ Der Verfasser geht von der Tatsache aus, daß erst mit der ganzlichen Trennung vom Boden der heutige Arbeiter entstehen konnte. Dennoch herrsche in Arbeiterkreisen eine seltsame Interessenlosigkeit gegenüber der Bodenfrage. Man übersehe die dreifache ewige Gebundenheit des Menschen an den Grund und Boden, hinsichtlich der Wohnung, Nahrung und Wirkungsstätte Angesichts dieser ausschlaggebenden Bedeutung der Bodenfrage könne und dürfe die Arbeiterbewegung nicht achtlos an dieser Sache vorbeigehen.

Hier handelt es sich um die Sicherstellung ihrer Arbeit und Tätigkeit, um die Schaffung der Voraussetzungen dafür, daß ihre Kräfte nicht auf die Dauer vergeudet und verschleudert werden. Die Arbeiterführer sind es gewohnt, mit kleinem sittlichen Ernste an alle Einzelheiten ihres

beitsgebietes heranzutreten. Bieleicht ist die eigentümliche Bergangenheit und Heberlieferung der deutschen Arbeiterbewegung Schuld, daß die Bodenfrage zu den am wenigsten durchforschten Gebieten der Betätigung der Arbeiterführer und -Bewegungen gehört. Es wird aber die höchste Zeit, daß hier eine grundlegende Aenderung eintritt. Die ur-eigenste Sache der Arbeiterbewegung ist es, um die es sich hier handelt. Arbeiterbewegung und Bodenreform gehören untrennbar zusammen; und zwar, nochmals in erster Linie aus dem Interesse der Arbeiterbewegung selbst heraus. Mögen sich die Führer finden, die ohne Rücksicht auf das Geschrei von Interessenten das Steuer ihrer Bewegung in diese Richtung lenken! Der Bewegung selbst dient dies zur Aufstärkung und zur Neuaufsammlung der Kräfte. Beides ist aber unbedingt vonnöten, wenn der Strom der Betätigung nicht Gefahr laufen soll, in einzelnen Stadien der Entwicklung mehr oder weniger zu versiegen."

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 29. April der 18. Wochenbeitrag für die Zeit vom 29. April bis 5. Mai fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Mandersbach. Nach jahrelanger harter und unermüdlicher Arbeit des Kollegen Mauer Siegen und einiger tüchtiger Mitarbeiter von hier ist es nun gelungen, eine Zahlstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes am hiesigen Orte ins Leben zu rufen. In der richtigen Erkenntnis, daß nur durch den Zusammenschluß der einzelnen zur Organisation für die Metallarbeiterchaft in der hiesigen Gegend ein Ausgleich der Härten geschaffen werden kann, die zum Teil in den heutigen Kriegsverhältnissen zu suchen sind, zum weitläufigen größten Teil aber leicht durch die in Frage kommenden Arbeitgeber beseitigt werden könnten, schlossen sich am Sonntag den 1. April in der im Lokale Gerhardus abgehaltenen Versammlung circa 60 Metallarbeiter zu einer Zahlstelle zusammen. In kurzen Worten führte der Versammlungsleiter, heutiger Vorsitzender, nochmals Zweck und Ziel der Organisation vor Augen und daß nur durch Selbsthilfe den gewaltigen Anforderungen der heutigen Zeit Rechnung getragen werden könne. Der leider nur für kurze Zeit anwesende Kollege Döglar zeigte hin auf die großen Erfolge des Verbandes, insbesondere auf die Tätigkeit in der Kriegsvorsorge, der Lebensmittelversorgung, der durch die Feuerungsverhältnisse notwendig gewordenen Soforbewegungen usw. und wies auf den Erfolg seiner Ausführungen der jungen Zahlstelle guten Erfolg. Nachdem nun noch für die Zukunft ein Arbeitsplan für die weitere Tätigkeit aufgestellt worden war, richtete der Vorsitzenden den feurigen Appell verbunden mit ernster Mahnung an die Versammlung, kräftig in der Agitation zu arbeiten, damit wir für die kommende Zeit mit Ihren großen Aufgaben für die Arbeiterchaft gerüstet seien. Sodann kam die Versammlung zum Schluß mit den ernsten und innerlichen Seitgedanken: „Leicht ist die Kraft des Einzelnen gebrochen, vereinte Kraft kann niemand unterjochen.“

Frühjahrskonferenz im 3. Bezirk. Am Sonntag, den 15. April, vormittags 10 Uhr beginnend, fand im Wilhelmshof in Hagen die diesjährige Frühjahrskonferenz des 3. Bezirks statt, die von den einzelnen Ortsgruppen sehr zahlreich besucht war. Der Bezirk umfasst mit Ausnahme des angrenzenden Industriebezirks und des Siegerlandes die Provinz Westfalen. Ueberwiegend kommt in Betracht die Kleinrentenindustrie des sauerländischen Bezirkes. Derselben Umstand entsprechend, ist die Metallindustrie dieses Bezirkes nicht in dem Maße mit Betriebsaufträgen versehen, wie dies bei der Schwerindustrie zutrifft. Allerdings ist ein großer Teil der vorhandenen Industrie in erheblichem Umfange mit Kriegsaufträgen behaftet. Dieses Verhältnissen entsprechend, sind die wachsenden Kriegswirkungen im Bereiche des Bezirkes härter herbergereiten. Trotzdem konnte Kollege Klotz in seinem Bericht über das vergangene Jahr die erfreuliche Mitteilung machen, daß unser Verband auch im 3. Bezirk für das Jahr 1915 eine erhebliche Erweiterung aufweisen kann. Wenn auch im Berichtsjahre noch 897 Kollegen zum Herberdienst eingezogen wurden, so war es nicht nur möglich, diesen und den sonstigen Abgang wieder auszugleichen, sondern es konnte noch darüber hinaus die Mitgliederzahl um 721 gesteigert werden. Daneben ist auch noch der Kartenumschlag im Jahre 1915 einen absolut unbefriedigenden Zustand erreicht hat, um 43 Karten pro Mitglied in die Höhe gegangen. Zusammengefasst wurden im Jahre 1916 insgesamt 1723 Kollegen, gegen 128 im Jahre 1915. Wenn die Entwicklung in einzelnen Ortsgruppen im letzten Jahre immer noch so wünschen übrig ließ, so ist das in erster Linie auf die mangelnde Mitarbeit der Kollegen zurückzuführen. Kollege Klotz unterzählte jedoch im Einzelnen die Ursachen, auf die an einigen Orten die unbefriedigende Entwicklung des Verbandes zurückzuführen sei und gibt Mittel und Wege an, wie der Verband in Zukunft besser gefördert werden könne. Daran anschließend berichtet Kollege Bette über die Tätigkeit und die Erfolge im vorigen Bezirk und schildert eingehend, wie es den vereinten Bemühen aller in Frage kommenden Kollegen gelang, die erhebliche Entwidlung dieses Bezirkes herbeizuführen. Insbesondere seien die Kollegen des Bezirkes sehr dankbar für die Unterstützung, die seitens der Kollegen anderer Bezirke in Form von Geld und Sachleistungen erhalten wurde. Die Besondere der hiesigen Verhältnisse immer wieder als Unterstützung für eine mögliche Entwicklung anzuführen. Schluß, Schlußworte gehen es überall, aber gerade in der Ueberwindung der Schwierigkeiten liegt das Geheimnis des Erfolges. Der Schwierigkeiten müssen man eben nicht allein überlassen, sondern sie müssen mit einem Ort möglich ist, müssen auch die Kollegen an den anderen Orten erziehen können. Je mehr und energiegelicher man den Führern zu Hilfe tritt, je mehr sich die Kollegen von allen Seiten zusammenfinden, desto mehr werden auch die Schwierigkeiten überwunden und desto größer der Erfolg sowohl für den Verband, wie überhaupt für die Mitglieder zu erwarten sein.

In der anschließenden Aussprache und Berichterstattung über die Entwicklung in den einzelnen Ortsgruppen und die Tätigkeit des Verbandes, konnten insbesondere von einigen Orten sehr erfreuliche Tatsachen angeführt werden. Auch die Arbeiter der in einigen Orten des Bezirkes vorhandenen chemischen Betriebe zeigten in letzter Zeit erhöhtes Interesse an der gewerkschaftlichen Organisation. Fast durchweg mußte berichtet werden, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowohl wie auch die Lebensmittelverteilung noch sehr viel zu wünschen übrig lasse und daß Abhilfe auf diesen Gebieten nur durch die Tätigkeit des Verbandes erreicht werden und auch in Zukunft zu erreichen sei. Als Resultat der Aussprache fand nachstehende Entschiedenheit einstimmige Annahme:

„In Uebereinstimmung mit dem Referenten gibt die heutige Konferenz des 3. Bezirkes der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß in allen angeschlossenen Ortsgruppen und Sektionen im laufenden Jahre in noch entschiedenerer Weise als bisher in agitatorischer Beziehung gearbeitet wird, damit die Entwicklung im 3. Bezirk gegen andere Bezirke nicht zurückbleibt. Hierbei ist auch besonderer Wert auf die Gewinnung der Jugendlichen und Arbeiterinnen zu legen, zu deren Erhaltung und Schulung geeignete Maßnahmen (Versammlungsweisen, Vertrauensmännerapparat) zu treffen sind. Um mit Erfolg eine planmäßige, durchgreifende und zielbewusste Agitationsarbeit leisten zu können, muß auf die Gewinnung und Schulung eines ausreichenden Mitarbeiter-

stabes in allen Ortsgruppen und Sektionen besonderer Wert gelegt und dauernd aufrecht erhalten werden. Insbesondere ist auch die Hausagitation durch gute Vorarbeit zu betreiben.

Des ferneren ist auf eine Stärkung der Solalassen Überall hinzuwirken, wie dies bereits in vielen anderen Ortsgruppen des Verbandes durch Erhöhung der Solalassenzuschläge geschehen ist.

Die anwesenden Vertreter verpflichteten sich, für die Durchführung dieses Beschlusses in ihren Ortsgruppen zu wirken."

Im Anschlusse daran berichtete der Kollege Hirtzfelder-Essen über die durch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst geschaffenen Arbeiter-Ausschüsse, über die hierzu von den Ortsgruppen zu leistenden Vorarbeiten, sowie darüber, wie die Tätigkeit dieser Ausschüsse zu einer ersprießlichen für die Arbeiterchaft gestaltet werden könne. Während schon eine ganze Reihe von Betrieben die Wahlen zu den Arbeiterausschüssen haben vornehmen lassen, verlaunt in einer großen Anzahl von Betrieben noch absolut gar nichts davon, daß der Vorchrift des Hilfsdienstgesetzes auf Einführung von Arbeiterausschüssen Folge gegeben werden solle. Wie mitgeteilt worden sei, habe das stellvertretende Generalkommando des 7. Armeekorps Anweisung dahingehend erlassen, daß die Arbeiterausschüsse bis zum 15. April eingeführt sein müßten. Es sei Aufgabe unserer Kollegen, dafür zu sorgen, daß nunmehr in allen in Frage kommenden Betrieben, d. h. solchen, die dauernd mehr wie 50 Arbeiter beschäftigen, die durch das Hilfsdienstgesetz vorgeschriebenen Arbeiterausschüsse auch eingeführt würden. Die dazu notwendigen Vorbereitungen, die der Redner des Näheren darlegte, seien überall sofort zu erledigen. Dann müsse aber auch überall mit allen Kräften dahin gestrebt werden, daß den Arbeiterausschüssen durch eine intensive Stärkung unseres Verbandes eine gedeihliche Arbeit gesichert werde.

Nach einer kurzen Aussprache über den behandelten Gegenstand richtete sodann der anwesende Verbandsvorsitzende Kollege Wieber-Duisburg, noch einige aufmunternde Worte an die Kollegen. Er führte zunächst die Entwicklung des Verbandes im vergangenen Jahre den Anwesenden vor Augen und zeigte dann, wie wir mit vereinten Kräften den durch den Krieg hervorgerufenen Rückgang nunmehr überwunden hätten. Er bezeichnete als zu erstrebendes Ziel die möglichst baldige Wiedererlangung des Standes, den der Verband bei Ausbruch des Krieges erreicht hatte und richtete einen martigen Appell an die Anwesenden, alle Kräfte anzuspannen, damit damit auch der 3. Verbandsbezirk dieses Ziel möglichst in vollem Umfange in diesem Jahre erreiche.

Mit einem kräftigen Schlußwort des Kollegen Klotz fand sodann die schön und hoffentlich auch erfolgreich verlaufene Tagung ihren Abschluß. Die Kollegen des 3. Bezirkes müssen nunmehr mit frischem Mute und neuer Latkraft an die Arbeit gehen, um die reichen Anregungen der Konferenz in die Tat umzusetzen. Dann wird auch in diesem Jahre das gesteckte Ziel erreicht werden.



Das Eisene Kreuz

I. Klasse

erhielten die Kollegen
Fritz Franke, Düsseldorf-Gerresheim
Wilhelm Mikschinsky, Hagen-Wetter.

Das Eisene Kreuz II. Klasse

erhielten die Kollegen
Eberlin Freunth, Aachen
Kaspar Münder, Altdilling
und das bayrische Verdienstkreuz.
Hubert Gann, Augsburg
Wilhelm Brenner, Cannstatt
Peter Mosnier, Köln-Mülheim
Johann Vogelfänger, Köln
Franz Köhrscheidt, Düsseldorf-Ratingen
Wilhelm Köhrscheidt, Düsseldorf-Ratingen
Josef Beckmann, Düsseldorf-Ratingen
Josef Engels, Düsseldorf-Rath
Paul Gladen, Düsseldorf-Derendorf
Heinrich Sackers, Essen
und das Militär-Verdienstkreuz II. Klasse.

Josef Müller, Essen
Wilhelm Kolb, Essen
August Bak, Ettlingen
Hegemann, Gelsenkirchen
Heinrich Kehler, Hagen
Albert Schukowski, Hagen
Ferdinand Tillmann, Hagen
Walter Schäfer, Hagen
Hans Roth, Mannheim
Th. Wolf, Menden
Heinrich Schmitz, Neheim
Franz Pichmann, Neheim
Wilhelm Petrie, Niederschelden
Johann Pfeffinger, Regensburg
Franz Kavit, Regensburg
Georg Richard Langfeldt, Stettin
Josef Degenhard, Stuttgart

Das bayrische Verdienstkreuz III. Klasse mit Kreuz und Schwertern

Franz Eber Kräger, Augsburg
unter gleichzeitiger Verleihung 3. u. 4. Grades.
Des bayrische Verdienstkreuz mit Krone und Schwertern

Das Militär-Verdienstkreuz III. Klasse

Ulrich Trapp, Schweinfurt
Die hessische Tapferkeitsmedaille
Willy Hrang, Offenbach

Es hat sich 1365 unserer Kollegen das Eisene Kreuz und andere Ordensauszeichnungen erworben.

Wir beglückwünschen diese Tapferen und hoffen daß sie gesund in unsere Reihen zurückkehren.

Versammlungs-Kalender

- Sonntag, den 29. April 1917:
- Duisburg-Laar. Abends 6 Uhr bei Jansen.
 - Essen. Abends 6 Uhr bei Dittmann mit Frauen.
 - Essen-Berge-Borbeck. Abends 7 Uhr Sektionsversammlung bei Knepper, Boshofstraße.
 - Essen-Altenessen. Abends 7 Uhr Sektionsversammlung bei Dönges, Bäumlinghausstraße.
 - Essen-Frohnhäuser. Abends 7 Uhr Sektionsversammlung bei Pottgießer, Frohnhäuserstraße.
 - Essen-Segeroth. Abends 7 Uhr Sektionsversammlung bei Wilmsen, Ede Nordhoffstraße und Mittelstraße.
 - Gelsenkirchen. Vorm. 11 Uhr bei Dirkes, Generalversammlung der Verwaltungsstelle.
 - Hagen i. W. Nachm. 4 Uhr im Wilhelmshof Generalversammlung der Ortsverwaltung.
 - Schwelm. Vorm. 11 Uhr bei Gebler mit Vortrag des Bezirksleiters Kollegen Hirtzfelder.
- Sonntag, den 6. Mai 1917:
- Duisburg-Waunheimerort. 11 Uhr bei Cassiye.
 - Crusdorf. Nachm. 5 Uhr bei Karl Weder mit Vortrag des Kollegen Mauer-Siegen.
 - Essen. Abends 7 Uhr im Städtischen Saalbau (Kammermusikkal) Generalversammlung der Ortsverwaltung.
 - Hertlohn. Monatsversammlung bei Seyfahrt.
 - Rechen. Vorm. 11 Uhr im Gasthof Beher.

Briefkasten

Kollege J. H. in Finneutrop. Deine Mitteilung für den Versammlungskalender der vorigen Nummer kam leider zu spät hier an. Bei den gegenwärtigen Verkehrsverhältnissen müssen Versammlungsanzeigen und alle kleineren Einfindungen spätestens am Montag morgen für die Nr. der betreffenden Woche hier einlaufen; Berichte und größere Einfindungen natürlich früher. Sonst ist es nicht zu erreichen, daß alle Ortsgruppen das Verbandsorgan rechtzeitig erhalten. Gruß D. H.

Mehrere energische, tüchtige **Schachtmeister** mit oder ohne Leute, sofort gesucht.
L. Haas, Wertankauf, Magdeburg-Str., Königsbergerstr. 17a.

Blechspanner zum sofortigen Antritt bei
Louis Herrmann
Dresden-A. 24
Weidenstraße 33.

Kollegen agitiert für den **Verband!**